

29.03.2019

## **Brunei will Todesstrafe durch Steinigung für Homosexualität einführen Lesben- und Schwulenverband erwartet deutliche internationale Verurteilung**

*Angesichts der drohenden Einführung der Todesstrafe durch Steinigung für einvernehmliche, gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen im Sultanat Brunei erklärt **Axel Hochrein, Mitglied im Bundesvorstand des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD):***

Der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) ist fassungslos und fordert die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft dazu auf, die geplante Einführung deutlich zu verurteilen und zu verhindern. Deutschland, die EU und die UN sind gefordert, das barbarische Regime zu stoppen. Länder die sich außerhalb der Menschenrechtskonvention bewegen, müssen mit schärfsten Sanktionen belegt werden.

Wir fordern Außenminister Maas auf, den Botschafter des Sultanats einzubestellen und Klartext zu reden. Der autoritäre Herrscher zeigt mit welchen menschenverachtenden Mitteln er sein Land regiert. In einer gemeinsamen Anstrengung der demokratischen Länder muss alles dafür getan werden, diese menschenverachtende Verschärfung der ohnehin bestehenden Kriminalisierung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen im Sultanat zu stoppen. Die Kriminalisierung und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ist eine gravierende Verletzung der universellen Menschenrechte. Schnelles und entschlossenes Handeln kann Menschenleben retten.

### **Hintergrund**

Laut dem vor kurzen erschienenen [Bericht der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association \(ILGA\)](https://ilga.org/ilga-launches-state-sponsored-homophobia-2019) [https://ilga.org/ilga-launches-state-sponsored-homophobia-2019] sehen sechs UN-Staaten die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche Sexualität vor. Dazu gehören Iran, Saudi-Arabien, Jemen und Sudan sowie Teile Somalias und Nigerias. In fünf weiteren ist diese Bestrafung möglich (Pakistan, Afghanistan, Vereinigte Arabische Emirate, Katar und Mauretanien. 70 Staaten kriminalisieren gleichgeschlechtliche Sexualität mit Gefängnisstrafen.

*Der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).*

*Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.*

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7  
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778  
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de)  
Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)